

Resolution der Tagung am 2. Februar 2013 in Nürnberg

„Fünf NSU-Morde in Bayern – und alles bleibt, wie es ist?“

Mehr als ein Jahr nach der Aufdeckung der Mordserie der neonazistischen Gruppierung NSU ist es Zeit für eine kritische Zwischenbilanz der bisherigen „Aufarbeitung“ aus zivilgesellschaftlicher Sicht.

Eine adäquate Reaktion durch bayerische Behörden- und Regierungskreise fand bisher nicht statt. Die bisherigen Zeugenvernehmungen des NSU-Untersuchungsausschusses bestätigen diesen Befund auf erschreckende Art und Weise: Erkenntnisse der Behörden sind häufig nur auf Druck der Presse, des Untersuchungsausschusses sowie der Initiativen gegen Rechts offen gelegt worden. Die bayerische Staatsregierung, der Verfassungsschutz sowie die zuständigen Polizeibehörden ducken sich weg. Bayern mauert. Keine Übernahme von Verantwortung für die rassistische Mordserie, keine Selbstkritik angesichts des eigenen Versagens, sondern ein selbstzufriedenes „Weiter so!“

Jahrzehntelang wurde die Neonazi-Szene in Bayern verharmlost, klein geredet und falsch eingeschätzt. Gleichzeitig wurde gerade auch in Bayern über die so genannten V-Leute die Szene mitfinanziert, aufgebaut und gestärkt. Nach sieben Morden an Migranten mit der gleichen Tatwaffe war man in der eigens installierten „SoKo Bosphorus“ immer noch der Meinung, es handele sich um organisierte „Ausländerkriminalität“.

Was bleibt, sind offene Fragen.

Wir versprechen:

Als Bündnisse und Aktive gegen Rechts werden wir uns weiterhin den Neonazis und RassistInnen in den Weg stellen. Wir werden auch weiterhin, gerade in diesem Wahljahr, rassistische Entwicklungen in der „Mitte“ der Gesellschaft aufzeigen und kritisieren. Wir werden über unsere Medien auch weiterhin unsere eigenen Recherche-Ergebnisse und Einschätzungen verbreiten. Wir versuchen, vermehrt MigrantInnen in unsere Arbeit einzubinden.

Wir fordern:

- ✓ Die sofortige Beendigung der staatlichen Unterstützung der neonazistischen Szene durch das V-Mann-Wesen
- ✓ Die sofortige Beendigung der Kriminalisierung, Bespitzelung und Diffamierung der antifaschistischen Initiativen
- ✓ Die Auflösung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form
- ✓ Die lückenlose Öffnung der Behördenarchive zur Aufklärung des staatlichen NSU-Skandals

Wir wollen:

- ✓ Eine solidarische Gesellschaft, die frei ist von Faschismus, Rassismus und Diskriminierung